

## ZUR GEISTIGEN SITUATION DER ZEIT

5 Ein Verhältnis zur Praxis kennt die bürgerliche Theorie eigentlich nicht. Weder kann man ihren Konstruktionen nachsagen, sie seien gerade um der Bewältigung praktischer Schwierigkeiten willen entwickelt worden, noch paßt zur dogmatischen Negation von Erkenntnis ausgerechnet ein Handeln, das sich nach Erklärungen richtet. Auf der anderen Seite nimmt freilich die innertheoretische Bemühung um Praxisrelevanz in eben dem Maß zu, in dem die Wissenschaft keine Beiträge zum gesellschaftlichen Fortgang zu bieten hat: Als brauchbar anerkannt wollen sie schon alle sein, die Fabrikanten von Systemen und Aspekten - und das ist ihnen sogar eine eigene Konjunktur wert. Einzig aus dem Zweck heraus, die Tragweite und Wucht ihrer von jeder Realität unbeleckten Abstraktionen unter Beweis zu stellen, laufen sie der wirklichen Geschichte hinterher und erörtern dienstfertig - zwar nicht diese Geschichte, wohl aber, wie sie sich unter die mannigfaltigen Theorien subsumieren läßt, die es unabhängig von ihr gibt.

15 Jede Zeit bekommt so ihren Geist verpaßt, der ab sofort behauptet, es wäre umgekehrt. Eine nützliche Einbildung. Die Wissenschaft kann mit ihr leben, und den Praktikern der Politik ist es doch egal, auf welche Begründungen ihrer aktuellen Entscheidungen ihre angestellten Denker und warum verfallen: Auf mehr als den *Schein* der Begründetheit kommt es sowieso nicht an!

### **Neue Zeiten, neue Probleme**

20 Das Grundschema der aktuellen Nicht-Erklärungen steht damit schon fest. Lässig übersieht die ganze Riege die Kleinigkeit, daß es in Staaten nicht so zugeht wie in Klimazonen, und teilt lakonisch mit: Die reiten haben sich geändert. Klar, das soll mehr heißen, als daß die Jahre vergehen; ganz neuen Bedingungen ihrer Fortentwicklung sieht sich die Welt ja eingangs der 80er gegenüber. So bekommt etwa die Wirtschaftspolitik aus berufenem Munde mitgeteilt, daß sie über Nacht in eine Falle der listenreichen Geschichte getappt ist:

“In der Zwischenzeit hat die ökonomische Krise... das besorgt, was durch politische Abkommen zwischen den europäischen Ländern nicht zu erreichen war: die Anpassung der Wirtschaftspolitik in Richtung einer *Austerity*...” (Altvater)

30 Die gute alte Krise! Was hat sie nicht schon alles “besorgt”, seit der erste linke Ökonom auf den fruchtbaren Einfall gekommen ist, Kapitalakkumulation und Wohlstandswachstum zu identifizieren und von da aus bei jedem Minus an Wohlstand einen Grundwiderspruch nach dem anderen zu diagnostizieren: den Massen die Augen geöffnet, den Staat zu Sozialstaatsprogrammen angestachelt, Krieg und Frieden erzwungen - zur Abwechslung sorgt sie diesmal für “Austerity”.  
35 Altvater findet offenbar gar nichts dabei, das staatliche “Sparprogramm” der Stunde ebenso wie der Bundeskanzler mit ökonomischen Notwendigkeiten zu begründen, denen sich die Politik wohl oder übel “anpassen” muß; ganz so, als ob er noch nichts von Wehretat und Neuverschuldung gehört hätte, die ja wohl andere Rücksichten kennen als die Größe des vorhandenen Reichtums (der freilich zu beidem *d*a sein muß). Man bedenke aber: Erstens versteht Altvater auch nichts  
40 von Ökonomie, weshalb ihm unbenommen bleibt, sich unter einer “Krise” vorzustellen, was ihm

beliebt. Es wird sich dann wohl um eine Art ökonomischer Mißernte handeln, die periodisch die Stufenleiter des reproduzierbaren Reichtums einschränkt. Zweitens ist die Differenz von Altvater und Schmidt gerade noch merklich: Wo der mit der Mütze zur Rechtfertigung seiner Zwecke auf von ihm unbeeinflussbare Sachzwänge verweist, diese Erfindung also für seinen politischen Willen in Anspruch nimmt, kommt sein ökonomischer Theoretiker zwar auf dieselben Erfindungen, stellt sie aber hämisch als gegen den Willen der Politiker sich durchsetzend dar. Was der eine zum illusionslosen Management hochstilisiert, stilisiert der andere zum mehr oder weniger hilflosen - eben "bloß reagierenden" - Scheitern dieses Managements herunter. Befriedigt werden beide!

Ein Bremer Kollege malt sich diese Zuspitzung politischer Widersprüche im Zusammenhang mit der "Austerity-Politik" noch bunter aus, indem er die von Altvater vernachlässigte Rüstung in die Deduktion einbezieht:

"Die ökonomische und soziale Lage in der BRD ist im Frühjahr 1981 erneut durch eine Krise gekennzeichnet." (Gegengutachten)

"Angesichts dieser Perspektive (!) müßte eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik höchste Priorität für staatliches Handeln haben." (Huffs Schmid)

Hat sie aber nicht. Dennoch möchte ein Ökonom nicht von der Idee im Konditionalis lassen, die er seinem Staat als höchste Aufgabe zugedacht hat; weshalb er weder sich noch die Politik kritisiert, wenn seine Prioritäten nicht eingehalten werden, sondern vielmehr dem Staat zu bedenken gibt, ob der denn eine Orientierung an der Rüstung wollen könne:

"Diese Militarisierung der Wirtschaft (?) bringt den großen Rüstungskonzernen natürlich große Extra(?)profite - andererseits bewirkt sie eine weitere Polarisierung und Deformierung des Reproduktionsprozesses: die Folgen sind... Einschränkungen der produktiven Basis der Wirtschaft insgesamt."

Bloß wegen des Militärs und einiger "Extra"profite der Rüstungsindustrie (vermutlich im Vergleich zu Zeiten mit *weniger* Rüstungsprofit?) gleich soziale Konsequenzen ("Polarisierung") und einen Rückgang der gesamten Ökonomie - wer kann das wollen? Natürlich niemand. Die Absicht Huffs Schmid, dem Staat einen Pferdefuß seiner "ökonomisch" blinden Militarisierung unterzujubeln, geht allerdings ins Leere; so geht sie nämlich gar nicht vonstatten! Huffs Schmid tut ja geradezu so, als ob Mehrausgaben für die Rüstung dasselbe wären wie eine Umstellung der ganzen Wirtschaft auf Rüstungsproduktion, oder wenigstens wie eine Umverteilung der ganzen Gewinne auf die Rüstungsindustrie. Dies ist offenkundiger Quatsch, da sowohl über Steuern wie über Staatsschulden Geld aus garantierten Überschüssen abgezogen, also auch kein Mangel anderwärts produziert wird. Die Vorstellung eines sich durch die Aufrüstung im Innern schwächenden Staates braucht Huffs Schmid aber, um so die Stärke nach außen als politökonomische Defensive zu verkaufen:

"Je mehr aber auf der einen Seite der Binnenmarkt ... ‚konsolidiert‘, sprich eingeeignet wird, um so dringlicher ist... andererseits... die Erhaltung und Schaffung neuer Verwertungsgebiete für kapitalistische Länder bzw. Unternehmen mit militärischer Gewalt."

Der Imperialismus als Befreiungsschlag, der sich nicht mehr umgehen läßt, wenn ein Staat mal das Sparen anfängt - sehr phantasievoll! Linke Theoretiker sind also gleich so frei, ihren Staat noch dort als Opfer einer gefräßigen Ökonomie hinzustellen, wo diese wirklich nur *seinen* Notwendigkeiten zu folgen hat, und scheuen selbst die sonderbare Beweisführung für eine

5 *Notwendigkeit von Kriegen* nicht. Was soll da eigentlich wem bewiesen werden? Daß man beim Krieg immer die Verwertung suchen muß? Oder umgekehrt? Davon abgesehen, sind die Gründe für ein so apodiktisches Beweisziel auch noch selten mager, wären die angegebenen Kriterien doch ebenso gut durch die Aufforstung des Bayerischen Waldes zu erfüllen: Einsamer Mehrwert sucht Anlagesphäre...

### **Friedenstreiber**

10 Die besorgte Begutachtung des Friedens daraufhin, ob er denn erhalten werden könne, beherrschen mittels der Logik der "Situation" auch Leute, die nicht gleich ökonomische Gesetze dazu liefern. Die Friedensforschung hat Konjunktur allein durch das allgemeine Bedürfnis, sich irgendein Verständnis für die politischen Entscheidungen zu verschaffen, die zu der "neuen Lage" geführt haben. Einfach genug ist das ja: Man verselbständige die Methoden der Politik von dieser selbst und lasse die Politiker dann nur noch auf die Resultate ihres eigenen Tuns reagieren - schon wird aus ihrem bedingten Willen zum Frieden ein sehr unbedingter, der von umso mehr  
15 Unfähigkeiten heimgesucht wird. Zur Entscheidung der NATO, Afghanistan zu einem Prüfstein der Entspannung zu *machen*, erfährt man folglich:

"Wenn schon unter solchen Situationen anfänglicher internationaler Krisen das Krisenmanagement zusammenbricht, dann ist natürlich im Falle einer zugespitzten Krise die Gefahr viel größer." (Senghaas)

20 Erlesenes Dilemma, das nur daher rührt, daß Senghaas die internationale Politik gleich zweimal kennt - einmal als "Situation", die sich zunächst wenig, dann stärker "krisenhaft zuspitzt", das andere Mals als "Krisenmanagement". Wie bei Altwater/Huffschmids ökonomischer Krise, so muß man auch bei dieser politischen nicht annehmen, daß der Theoretiker sich unter "Krise" allzuviel denkt. Er meint eben das Unvermögen der Politiker, die Probleme zu lösen, die er ihnen  
25 aufgegeben hat; drückt das so aus, als ob damit gleich die ganze Politik und das Schicksal ihrer Untertanen in Frage gestellt wäre; weswegen der politische Zweck nur noch darin bestehen soll, ihn auch weiterhin verfolgen zu können. Unter "sich" verschlechternden Vorzeichen ist das wiederum eine Frage des "Managements", also jedenfalls eine Kunst. Respekt für die beachtenswerten Krisenvermeidungsstrategien der Politik paart sich hier mit der haltlosen  
30 Attitüde:

"Ich bin hier sehr skeptisch." (Senghaas)

Die Dreistigkeit der Vorstellung, ein von Senghaas beratener Staatsmann würde jeden gegenwärtigen Zweck der imperialistischen Einkreisungspolitik gegen Moskau dreimal geschickter managen, und das Achselzucken desjenigen, den man trotzdem nicht gefragt hat, sind  
35 komplementäre Zeugnisse der erbaulichen Selbstzufriedenheit eines Friedensforschers.

Immerhin kann der skeptische Beobachter des Krisengeschehens für sich in Anspruch nehmen, daß er sich das schon immer gedacht hat. Staaten *sind eben s o*, diese affirmative Seichbeutelei hat Senghaas doch längst zum "Begriff" der "organisierten Friedlosigkeit" verwurstet:

40 "Wir müssen begreifen lernen," (wir kleinen Menschlein?) "daß der Unfriede eingebaut ist in die Struktur unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit," (wirklich!) "daß er in der gegenwärtigen staatesgesellschaftlichen Organisation institutionell verankert ist."

Was lehrt uns eigentlich dieses Wort zum Sonntag? Daß “wir” mit “unserer gegenwärtigen Gesellschaft” einen Sündenfall getan haben, von dem wir uns so schnell nicht wieder erholen? Daß man den Politikern, die über Krieg und Frieden entscheiden, schlecht einen Vorwurf machen kann, wenn der Mist, der dabei herauskommt, gleich handgezählte sechsmal verankert ist, nämlich  
5 strukturell-wirklich eingebaut-organisatorisch-institutionell-verankert? Na dann! Drollig ist ja allenfalls, daß ein derartiges Pfaffengeschwätz von der staatlichen Wolfsnatur der Menschen heutzutage ebenso als kritisch gilt wie der unermüdliche Renner aller Friedensforscher, der mit der allenthalben ausgemachten kriegerischen “Tendenz” zugleich deren “Sinnlosigkeit” ableitet:

10 “Das Größenwachstum seiner Mittel führte den Ruin des Krieges nach rein militärischen Begriffen schon vor Jahrzehnten herbei.” (Senghaas)

Hat der Krieg - sich also “rein militärisch” längst blamiert, so stellt er sich desto deutlicher als kulturelles Erbe der “gesellschaftlichen Struktur” heraus, die unbegreiflicherweise jedem Sinn und Verstand entgegenarbeitet; offenbar eine ähnlich dumme Angewohnheit wie das Rauchen! Daß der Krieg desto unmöglicher wird, je besser man ihn durch die vermehrten Mittel führen  
15 kann, ist zwar ein Schluß höchster Güte. Und daß deswegen sämtliche Kriege und Kriegsdrohungen der letzten Jahrzehnte von Senghaas “nach rein militärischen Begriffen” vermieden worden wären, werden die Opfer mit Interesse registrieren. Aber schließlich möchte auch ein Friedensforscher kein Kritiker, sondern ein *besserer Ratgeber* der Politik sein. Er plädiert daher - im Gegensatz zu dem bewußtlosen, eingebauten und sinnlosen Tun, als das er die  
20 wirkliche Politik abqualifiziert - für ein Ideal entscheidungsfreudiger Staatskunst, das sich weder durch gesellschaftliche Traditionen noch durch die Eigendynamik der militärischen Mittel unterkriegen läßt, sondern ganz frei agiert. Mit dieser Idee schafft er sowohl den Übergang zum gegenwärtig offiziellen Idealismus der Politik (die sich um ihre “Handlungsfreiheit” sorgt), wie zur Modernisierung der Unmöglichkeitstheorie des Krieges. Daß er nämlich irgendwie  
25 spitzgekriegt hat, daß eingangs der 80er Jahre ein großer Waffengang auf einmal “wieder denkbar” geworden ist, ist ihm keineswegs Anlaß zur Revision seiner These. Im Gegenteil, selbst die genauesten Kenntnisse über Details der “Nachrüstungs”-Strategie beweisen ihm immer nur einen Widerspruch zu dem Zweck, der damit verfolgt wird. Der Friedensforscher erzählt also erst etwas von Pershing-II, neuen Optionen und Einsatzmöglichkeiten für Waffensysteme, um dann  
30 abzuleiten:

“Damit erscheint ein Nuklearkrieg wieder führbar, die Abschreckung verliert (?) an Schrecken, Gewalt wird wieder als Mittel der Politik denkbar.”

Soweit die pure Wiedergabe der offiziösen Abschreckungs-ideologie, die offenbar auch ein Kritiker des Militärs glaubt. Dann setzt aber gleich wieder die umwerfende Logik des “Je Mittel,  
35 desto weniger Politik” ein, und der Paxologe mahnt:

“Die Technologie (!) bestimmt (!) also (!) militärische Strategien, und diese beeinflussen und verändern die Politik. Der Primat der Politik droht also verloren zu gehen.” (A.-A. Guha)

Was denn! Je mehr die Politik sich technologisch ausrüstet, desto mehr unterwirft sie sich - der  
40 Technologie? Das Argument ist doch eher bescheiden, mag es auch von noch so viel Verständnis für die politischen Zwecke strotzen, in deren Namen der Fachmann seinen Staatsmachern den Rücken gegen die Militärs stärken will.

## **Staat und Bürger**

5 überhaupt scheint der "Primat der Politik" in der Wissenschaft allmählich die Rolle des mit  
diversen Defiziten bedachten unzufriedenen Bürgers zu übernehmen, an dem sich noch vor  
etlicher Zeit alles zu bemessen hatte. Auch nach innen wird der Staat nicht mehr einfach als  
bessere oder schlechtere Bedingung immer zu kurz kommender Interessen diskutiert, sondern  
umgekehrt: Was Staat und Bürger so treiben, taucht als Bedingung für ein ganz souverän  
vorgestelltes staatliches Handeln auf. Nicht mehr Sozialstaats-, Demokratie- und Bürokratie-  
Illusionen blamieren sich vor der "Verfassungswirklichkeit" des einstigen "CDU-Staates",  
10 sondern die Wirklichkeit des heutigen SPD-Staates blamiert sich vor ihrem Ideal!

Ein früherer Parteijugendführer etwa hat vor lauter Theorie inzwischen den Standpunkt des  
unberücksichtigten Bürgerinteresses aus dem Auge verloren, so daß er jetzt nicht mehr weiß,  
wozu der Sozialstaat eigentlich da ist. Die "Begriffsbildung zum Sozialstaat" macht ihm daher  
"außerordentliche Schwierigkeiten", da der "Begriff sozial... schillernd" ist, worin womöglich

15 "eine in der Sache liegende Unbestimmbarkeit des Begriffs konstatiert werden muß."  
(Schiller)

Das ist gut: Kaum ist der Sozialstaat Gegenstand einer *Theorie*, wird er *unkennlich* und wirft  
Definitionsprobleme auf, die sich in seiner Praxis nie ergeben hätten. So daß sich fragt, was denn  
eigentlich die Illusion ist: daß der Sozialstaat die an ihn gerichteten Ansprüche auch erfüllt - oder  
20 diese Ansprüche selbst! Da müssen sich "Bedürfnisse" dann schon auf ihre "Legitimität" hin  
abklopfen lassen und erhalten generell folgenden Bescheid:

"(Es) muß der Gesamtbestand an staatlichen Aufgaben, an Funktionsanforderungen, an  
Instrumenten und Ressourcen der Aufgabenerfüllung unter Berücksichtigung der rechtlichen und  
funktionellen Restriktionen" (ja was denn noch alles!) "beachtet werden, um den Stellenwert der  
25 spezifischen Aufgabenstellung (Lösung von Sozialproblemen) einordnen zu können." (Schiller)

Insofern die sozialen Anforderungen an den Staat also zu dessen Anforderungen ans Soziale  
passen, läßt sich ein "spezifischer Stellenwert" des Sozialstaats erkennen: Funktionell muß er sein  
- für den "Gesamtbestand" an Staatlichkeit, der für manche Interessen dann auch zu  
"Restriktionen" ausarten kann.

30 Ähnlich leger die modern-politologische Behandlung des Demokratischen am Staat. Die Klage  
über verhinderte Partizipationsmöglichkeiten der Bürger scheint der Vergangenheit anzugehören.  
Stattdessen dient die Berufung auf vorhandene oder mangelnde Interessen an "Teilhabe" am  
politischen Geschehen mittlerweile weniger der Kritik der Institutionen, die solches nicht fördern,  
sondern eher der enttäuschten Konstatierung, daß politisch uninteressierte Bürger eben auch keine  
35 Demokratie verdienen.

"Zehn Jahre habe ich mich für die Partizipation stark gemacht." (Und nun dies:) "Ich muß jedoch  
feststellen, daß sich die Wahrnehmung von Partizipationschancen keineswegs an deren institutio-  
neller Gewährleistung orientiert. Herrschaft muß notwendig an all jenen Punkten einspringen, an  
denen staatliche Aufgaben nicht von partizipationsbereiten Bürgern übernommen werden." (Aus  
40 einer Vorlesung)

Die Blamage seiner alten Theorie: daß die Bürger auf nichts mehr aus seien als auf die Beteiligung am Staat, und dieser jenem Ideal gerecht werden müsse, bewegt einen Politologen natürlich nicht zur Aufgabe seiner Vorstellung. Umso mehr, schließt er, ist wenigstens der Staat auf die Beteiligung seiner Bürger aus, weswegen er auch justament dort "Herrschaft" ausübt, wo diese Laschmänner sich zieren. Im übrigen begeben sich Soziologen und Politologen kurzentschlossen auf die Suche nach neuen Repräsentanten ihrer Vorstellung vom "engagierten Bürger" und finden sie, überall dort, wo weder "neue autoritäre Strukturen" sich herausbilden noch ein Gegensatz zur wirklichen Herrschaft ausgetragen wird: also in Bürgerinitiativen, neuen Jugend- und Frauenbewegungen, usw.

Die andere Abteilung neuzeitlicher Demokratietheorien ist gleich noch öder. Hier hat man entdeckt, daß jede Reflexion auf das Verhältnis Staat/Bürger *außerhalb* der staatlichen Aktivitäten - d.h. jeder Vergleich mit einem bestimmten Interesse, das sich auf den Staat richtet und erfüllt wird oder nicht - einer sauberen Begriffsbildung nicht entspricht. Wer nämlich immer darauf herumreite, daß der Staat etwas Bestimmtes "steuern" müsse, verfehle den genuinen Charakter des Staates als "Steuerungssystem" überhaupt. So wird ein neuer Politologe mit gewohnten Staatsinterventionstheorien a la Offe zwar bequem fertig: Der habe zwar schon "Steuerungsdefizite" bemerkt, aber immer im Verhältnis zu etwas, und deshalb "Restriktionen vor allem aus dem Verhältnis staatlicher Steuerungsressourcen zum Problemdruck des ökonomischen Systems" begründet, statt "aus den binnenprozessualen Strukturen des Steuerungssystems selbst" (Scharpf). Auf diese Weise könne man aber über die "politische Durchsetzbarkeit innerer Reformen" gar nicht viel aussagen.

Ein verblüffender Idealismus staatlicher Souveränität nach innen: Gesellschaftliche Gegensätze sind diesen Theoretikern offenbar so zweitrangig, daß sie zur Klärung *ihrer* "Steuerung" ihrer Kenntnisnahme überhaupt nicht bedürfen, sondern mit Annahmen über die Steuerbarkeit "eines" Steuerungssystems zufrieden sind. Dieser soziologischen Abstraktionsgabe entsprechend fallen die Annahmen dann auch aus:

1. Die Durchsetzung des Staats nach innen ist eine Frage der *Verwaltung*.

"Implementationsforschung stellt die Frage nach der Umsetzung politischer Programme in administratives Handeln." (Mayntz)

2. Die beste Form der Verwaltung ist die *Demokratie*.

"Die Leistung der Modelle für Komplexitätsreduktion hat nämlich die Kehrseite in dem Umstand, daß die Fassungskraft der Modelle für Komplexität eng begrenzt ist." (Luhmann)

Demokratische "politische Planung" benutzt deswegen die Mitentscheidung der Bürger zu einer Kopplung von "Verarbeitungs-kompetenz" und "Verarbeitungsbedarf" von Steuerungsproblemen!

3. Dazu gibt es auch eine *Formel* (Scharpf), in der u.a. die "Anzahl der Handlungsalternativen jeder einzelnen Institution" sogar im Quadrat (!) vorkommt, und natürlich

4. brillante *Anwendungen*. "Implementations"logisch kommt man so dem Wesen des Rechts näher, wenn man es als "Angebot der Regelung von Beziehungen" auffaßt; feststellt, daß ausgerechnet dort, wo die meisten Konflikte ausbrechen = am ehesten Regelungsbedarf besteht (!), das Rechtsangebot am wenigsten ausgenutzt wird (nämlich in Familie und

Freundschaft); weshalb sich das “Aufheben von Zugangssperren”, z.B. durch “Rechtsläden” in der Nachbarschaft, empfiehlt.

Die Absurdität einer Wissenschaft, die sich erst eine eigengesetzlich funktionierende Bürokratie und Rechtsapparat ausdenkt, um hinterher zu schauen, wofür das schöne Staatsmodell denn alles gut sein könnte, lebt auf ihre Weise von der politischen Wirklichkeit im Modell Deutschland. Wo sich jedermann nur mehr das won seinem Staat werspricht, daß er doch *funktionieren* möge - eben angesichts der “allgemeinen Lage”, die alles so verdammt “schwierig” macht -, kann die Soziologie nicht schief liegen: Sie entspricht dem umstandslosen Bedürfnis nach reibungsloser Fortsetzung der Staatstätigkeit, indem sie ebenso umstandslos ihr *Gelingen beschwört*. Da es nur auf diese Idee ankommt, ist es ziemlich egal, ob man sich nun dabei etwas denken kann oder nicht! Wer es gern etwas problembewußter hätte, wird übrigens auch prompt befriedigt - ein Narr hat sich schon eine ganze Metaphysik der Verwaltung zugelegt:

“Es ist so, daß das, was man bürokratische Abstraktion nennt, daß die Bürokratie in ihren Arbeitsformen” (Akten ablegen?) “mit dem, was sie jeweils regelt, nur äußerlich zusammenhängt” (nur über die Aktendeckel) “und ihren Prägestempel auf gesellschaftliche Sachverhalte überträgt, daß sie also distanziert ist zum Bürger, daß sie immer als so ein merkwürdig in sich geschlossenes Gebilde erscheint...”

und was der Merkwürdigkeiten mehr sind. Auch diese Anklänge an faschistische Beamtenideale leisten immerhin die freudige Bestätigung, daß es mit “unserem Staat” keine Probleme nicht gibt, weshalb allenfalls noch die “Bürgernähe” seiner Prozeduren zur Debatte steht; was sollte man an den Arbeitsämtern auch sonst aussetzen, als daß es da immer so merkwürdig unpersönlich zugeht?

### **Die Subjektivität**

rückt da ganz von selbst ins Blickfeld. Wer sich nämlich - wie in diesem unseren Lande bei der Mehrheit der Bürger üblich - alles gefallen läßt und das Geltendmachen eigener Ansprüche für einen Frevel hält, ist für alle Formen des *idellen Lohns* dankbar. Also gibt es ein Bedürfnis nach Anerkennung der ganz reinen Subjektivität als solcher - die Praxis des dem eigenen Interesse Zuwiderhandelns verlangt nach ein paar guten Gründen dafür!

Daß das ein *Thema* ist, ist auch in der Welt des Gedankens nicht unbemerkt geblieben jede Wissenschaft hat seitdem eine Abteilung, in der dieses Thema *für sie* nutzbar gemacht wird.

Sehr massiv sind die *Soziologen* in die Materie eingestiegen, mit einer Selbstkritik nach der andern. So hört man z.B., die Soziologie habe sich bisher nicht mit der Wirklichkeit befaßt:

“Mit den Begriffen ‚Lebenslauf‘ und ‚Biographie‘ verbinden sich hohe Erwartungen. Sie... haben letztlich zum Inhalt, den ‚wirklichen Lebensverhältnissen‘ näher zu kommen als mit den Abstraktionen und Objektivierungen der geläufigen Theorien und Methoden.” (Kohli)

Einerseits ist das nichts als die alte Theoriefeindschaft derjenigen, die im Bedarfsfall die ganze Wirklichkeit für ein theoretisches Konstrukt halten: als ob schon jemals ein Begriff die Sache vergewaltigt hätte, die er unter sich befaßt - und als ob gerade die soziologische Begriffsbildung “konkreter” wäre als irgendeine andere, “objektivierende”! Auf der anderen Seite ist dieser alte Hut freilich sehr aktuell so gewendet, daß jeder das tiefe Anliegen heraushört,

“über biographische Ansätze der ‚Subjektivität‘ wieder zu ihrem wissenschaftlichen Recht” zu verhelfen (Kohli).

Das ist zwar auch nicht so gemeint, daß Soziologen in Zukunft nur noch ergriffen den Kriegserlebnissen alter Proleten zuhören - aber die werden sich doch freuen, zu vernehmen, daß diese Erlebnisse für ihren ganzen Altersjahrgang typisch sind, weshalb sie heute nicht zufällig so dastehen, wie sie es eben tun. Kann etwas “subjektiver” sein, als daß die anderen genau so trostlos sind wie man selbst - und das an den “Lebenserfahrungen” liegt?

Ferner soll die Soziologie über einer Verengung ihres Blickwinkels auf “gesellschaftliche Makrostrukturen” überhaupt etwas sehr Wichtiges vernachlässigt haben - richtig, die “Mikrostrukturen”. Weitgehend unbemerkt hat sich da etwa eine “Pauperisierung des Alltagslebens” vollzogen, die inzwischen zu einer Bereicherung der Literatur von Lefebvre, Elias bis zu Goffman geführt hat. Kostprobe:

“Das Alltagsleben verarmt. Das heißt aber auch: es gelingen ihm immer weniger die die ökonomischen Funktionen der Individuen... begleitenden... Begründungen von subjektivem Lebenssinn. ... Dafür lassen sich beispielhaft die Fußgängerzonen nennen, die, vom Autoverkehr und dessen Abgasen befreit, Alltagsleben künstlich neu zu erzeugen versuchen. Über den Vorteil hinaus, einmal angstfrei eine Straße überqueren zu können, den sicherlich jeder wünscht, ist diese Produktion von Alltagsleben ein Happening, ein geschickter Schachzug für Verkaufsstrategien..., das Alltagsleben... ist eine Funktion der Warenpropaganda, zu etwas herabgesetzt, das für anderes steht: bloßer Schein des Marktes, Mystifikation des Konsums.” (Leithäuser)

Nachdem dieser Unmensch erst die Fußgängerzonen zu erogenen Zonen des subjektiven Lebenssinns hoch-, dann zu auf die Straße vorverlegten Schaufenstern wieder runtergeputzt hat (demnach muß sich ein Wochenendeinkäufer sowas denken wie: Heut‘ schnapp‘ ich Frischluft in der Innenstadt - verdammt, schon wieder ein Kaufladen! ), “entlarvt” er zuguterletzt auch den Konsum noch als “bloßen Schein” und “Mystifikation”! Dieser Durchblick ist noch etwas radikaler als die gewohnte Kritik am “Konsumterror”: Hier wird ja gleich jede Meinung, die ein Mensch über seinen Aufenthalt in der City hegen könnte, als gänzlich haltlos abgetan. Ein einziger großer “Ersatz”! Neben der Beschäftigung mit der Geisterbahn des Alltags nimmt übrigens auch das soziologische Interesse für Exotisches zu. Als das ist nämlich bisher allzu oft “der Arbeiter” in der Wissenschaft behandelt worden. Zeit, daß man sich seiner annimmt - da wir leider nicht alle diesbezüglichen Forschungsergebnisse mitteilen können; hier das Wesentliche in Schlagzeilen:

Der Arbeiter hat ein *Bewußtsein*. Das darf man ihm nicht zum Vorwurf machen, weil es selten widersprüchlich ist. Das kommt wegen seiner Geschichte und von der Lohnabhängigkeit. Dafür hat er auch eine *Kultur*, die man sehr würdigen muß, weil es seine eigene ist. Zumal sie einige Qualitäten aufweist, von der man sich ein paar Scheiben abschneiden kann - billig, haltbar, idealistisch, und jeder hat mit angepackt. Die ideale Volksgemeinschaftskultur! Dafür hat seine Bewegung gesorgt, so daß er jetzt eine Gewerkschaft hat, die genauso widersprüchlich ist wie er. Das kann man ihr also schon gar nicht zum Vorwurf machen. Etc. pp.

Kurz: Der Arbeiter kann stolz auf sich sein. Das hört seine Gewerkschaft gern, lädt die passenden Theoretiker zu sich ein und veranstaltet gemeinsame Ausstellungen.



Die *Psychologen* und Pädagogen wären arm dran, fiele ihnen ausgerechnet zum Thema "Subjekt" nichts ein. Als Idealisten des gekonnten Scheitern haben sie zwar gegenwärtig der "gekonnten" Seite nicht einmal viel immaterielle Erfolgserlebnisse zu bieten; um so mehr entdecken sie das Scheitern als hartes, aber ehrliches Argument für sich und andere! So konstatiert das  
5 "sozialmagazin" mit einer Identitätskrise seiner Klienten zugleich eine Krise der Sozialarbeit:

10 "...die zentrale Schwierigkeit (liegt) darin, nicht genau wissen zu können, was das Problem des Klienten eigentlich bestimmt... Jedenfalls ist es so, daß die Zielsetzung der sozialarbeiterischen Intervention schwimmt. ... Der Konflikt zwischen den Zielen der Pädagogen und den Bedürfnissen der Jugendlichen ist damit unaufhebbar geworden. ...  
15 Selbst bei gutem Willen redet man aneinander vorbei."

Wohlgemerkt - das sind keine Eingeständnisse des Mißerfolgs oder Aufforderungen, es halt sein zu lassen. Die Sozialpädagogik bescheinigt vielmehr ihren Adressaten, daß sie sich nicht ohne Grund nichts von ihr zu erwarten brauchen: Gerade weil die Sozialarbeit am Ideal der Hilfe festhält, ist sie so "ehrlich", an seiner Realisierung zu zweifeln. Mit den Klienten ist eben auch das  
20 Hilfeversprechen in eine Krise geraten; wer wollte da vorschnelle Lösungen anbieten, die die neue "Problematik" der Kundschaft nicht "ernstnehmen"! Darin besteht nämlich das neue, offene Verhältnis zu denen, die man früher mit einem "Angebot" nach dem andern bedachte: Sie sollen sich merken, daß Kaputtsein heute normal ist (was sich natürlich jeder gern merkt, liegt seine Situation dann doch nicht an seinen falschen Zwecken, mit denen er sich auf jede Zumutung einläßt,  
25 sondern an seiner Verfassung, für die er nichts kann), weswegen die beste Hilfe im Absehen von jeder Hilfe besteht.

Die Ansprüche moderner Individuen - wenn sie schon alles mitmachen, möchten sie wenigstens in einer totalen Krise stecken - hat sich auch die Psychologie zu Herzen genommen. Nach Bedarf erklärt sie entweder alles, was sie sonst aus der Welt schaffen wollte (z.B. die Angst), zu einer anthropologischen Grundkonstante, der man eben ins Auge zu sehen hat, oder sie imaginiert sich die sonst versprochene Hilfe als therapeutischen Machtanspruch herrschaftsgeiler Psychologen,  
30 den man - rein psychologisch - doch nicht wollen kann:

35 "So werden Verhaltensweisen, die von der Grundidee her ausdrucksorientiert sind und existenzielle, wirkliche, herrschaftsfreie Dialoge und Begegnungen fördern wollen, zu neuen Manipulationsinstrumenten und zu Techniken der Oberhand-Sicherung."  
(psychologie heute)

Diesen Leuten ist die dümmste Selbstbeichtigung - was manipuliert denn ein lispelnder Seelendoktor? - gerade recht, um neues Vertrauen in sich zu wecken!

35 "Weiter so - aber bitte richtig!" Zu solchen Urteilen braucht man also die Wissenschaft; müßige Frage, unter welchen Umständen dieses "Argument" Erfolg hat.